
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 2 (1974)

DOI: 10.11588/fr.1974.0.46443

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WILHELM DEIST

ARMEE UND ARBEITERSCHAFT 1905–1918

Die Position der Armee innerhalb des staatlichen Gefüges des Kaiserreiches und der Stellenwert, der ihr von der wilhelminischen Gesellschaft zuerkannt wurde, sind in ihren Erscheinungsformen und Rückwirkungen auf Staat und Gesellschaft oft beschrieben worden¹. Beides war das Ergebnis einer langen, krisenreichen Entwicklung, in deren Verlauf sich auch in der Armee selbst tiefgreifende Wandlungen vollzogen hatten. Abgesehen zum Beispiel von den Änderungen der Organisationsstruktur hatte sich auch ihr Selbstverständnis gewandelt. So sehr das Offizierkorps, als Repräsentant der Armee, noch immer auf die Person des Monarchen ausgerichtet war und diese persönliche Bindung als die alleinige Grundlage seiner einzigartigen Stellung empfand, so wenig wird bezweifelt werden können, daß dieses Offizierkorps zum Garanten nicht nur der konstitutionellen Monarchie, sondern auch der von breiten Schichten der Bevöl-

¹ Vgl. H. HERZFELD: Zur neueren Literatur über das Heeresproblem in der deutschen Geschichte, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4. Jg. (1956), S. 361–386; G. RITTER: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland, Bd. 1 u. 2, München 1965; G. A. CRAIG: Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1960; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Teil V, Frankfurt/M. 1968; Zur Geschichte des Offizierkorps, insbesondere K. DEMETER: Das deutsche Offizierkorps in Staat und Gesellschaft 1650–1945, 4. überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt/M. 1965; Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung, Stuttgart 1962 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Bd. 4); M. MESSERSCHMIDT: Werden und Prägung des deutschen Offizierkorps – ein Überblick, in: Offiziere im Bild von Dokumenten, Stuttgart 1964 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom MGFA, Bd. 6); M. KITCHEN: The German Officer Corps 1890–1914, Oxford 1968 (zit. KITCHEN). [Die seit Abschluß des Manuskripts, Sommer 1971, erschienene Literatur konnte nur noch in Aufnahmefällen berücksichtigt werden. Allgemein ist zu verweisen auf: H.-U. WEHLER: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973; S. MILLER: Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; in Kürze wird erscheinen M. MESSERSCHMIDT: Das Militärwesen im 19. Jahrhundert, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, III. Abschnitt, sowie ders.: Zum Verhältnis von Militär und Politik in der Bismarckzeit und in der Wilhelminischen Ära, Darmstadt 1975; V. R. BERGHAIN: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II, Düsseldorf 1971, sowie ders.: Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914, Düsseldorf 1973; H. H. HERWIG: The German Naval Officer Corps. A social and political history, 1890–1918, Oxford 1973].

kerung getragenen sozialen und wirtschaftlichen Herrschaftsstruktur geworden war. Diese – im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht vollzogene – stärkere Verankerung in der Nation involvierte aber auch, daß die Armee, im Vergleich zu früheren Epochen, in steigendem Maße und auf vielfältige Weise in die innerpolitische Auseinandersetzung einbezogen wurde. Die Auseinandersetzung der Armee mit der Sozialdemokratie ist hierfür nur ein, in seinen Folgen aber das schwerwiegendste Beispiel².

In der Mitteilung³ des preußischen Kriegsministers v. Falkenhayn an das Bayerische Kriegsministerium vom 31. Juli 1914, seiner Meinung nach könne damit gerechnet werden, daß die Sozialdemokratische Partei sich so verhalten werde »wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt«, schien sich eine Abkehr von jahrzehntelang aufrecht erhaltenen Maximen anzudeuten. Seit den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung war die Armee ihr kompromißloser Gegner gewesen⁴. Sie hatte mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes die Aufgabe der Überwachung jener, gegen den etablierten Staat gerichteten Bewegung übernommen und ihr war von Wilhelm II. befohlen worden, sich intensiv und in allen Einzelheiten auf den Konfliktfall vorzubereiten⁵. Wollte sie aber dieser Aufgabe gerecht werden, so war die erste Voraussetzung, daß sie – die Armee der allgemeinen Wehrpflicht –

² Auf den Einfluß der Technik und der Erfahrungen des deutsch-französischen Krieges 1870/71 hat J. HOFFMANN in einer Reihe von Aufsätzen hingewiesen: Wandlungen im Kriegsbild der preußischen Armee zur Zeit der nationalen Einigungskriege, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM), 3 (1968), S. 5 ff.; Die Kriegslehre des Generals von Schlichting, in: ebd., 5 (1969), S. 5 ff.; Der Militärschriftsteller Fritz Hoenig, in: ebd. 7 (1970), S. 5 ff. Die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Bildung innerhalb des preußischen Offizierkorps hat insbesondere G. PAPKE hervorgehoben, vgl. Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 4). Zu den andersartigen Verhältnissen im bayr. Offizierkorps vgl. R. RUMSCHÖTTEL: Bildung und Herkunft der bayerischen Offiziere 1866 bis 1914. Zur Geschichte von Mentalität und Ideologie des bayerischen Offizierkorps, in: MGM, 8 (1970), S. 81 ff. Für das Seeoffizierkorps vgl. jetzt H. HERWIG: Soziale Herkunft und wissenschaftliche Vorbildung des Seeoffiziers der Kaiserlichen Marine vor 1914, in: MGM, 10 (1971), S. 81 ff.

³ Vgl. Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, bearb. von W. DEIST (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 1), Düsseldorf 1970, Nr. 78, S. 193, Anm. 7 (zit. Militär und Innenpolitik).

⁴ Vgl. M. MESSERSCHMIDT: Die Armee in Staat und Gesellschaft – Die Bismarckzeit, in: Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, hrsg. von M. STÜRMER, Düsseldorf 1970, S. 108 ff. sowie R. HÖHN: Sozialismus und Heer, Bd. 1–3, Bad Homburg v. d. Höhe 1959–1969 (zit. Höhn). [Zu Höhn vgl. jetzt W. WETTE: Sozialismus und Heer. Eine Auseinandersetzung mit R. Höhn, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIV (1974), S. 610 ff.].

⁵ Vgl. für den Entwurf (12. 3. 1890) des Erlasses v. 20. 3. 1890 J. C. G. RÖHL: Staatsstreichplan oder Staatsstreichbereitschaft? Bismarcks Politik in der Entlassungskrise, HZ 203 (1966), S. 623 f.; zu den Auswirkungen des Erlasses vgl. Militär und Innenpolitik, S. XXXIV f.

sich selbst gegen das Eindringen »zersetzender« sozialistischer Überzeugungen absicherte. Das geschah in den Jahren um die Jahrhundertwende in vielfach abgestufter Weise: Unteroffizieren und Mannschaften wurde durch Befehl das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften, die Teilnahme an politischen Vereinigungen und Versammlungen, der Besuch einschlägig bekannter Versammlungslokale verboten. Die Armeeführung war sich jedoch bewußt, daß den zugkräftigen sozialdemokratischen Parolen und Zielvorstellungen durch Verbote allein nicht zu begegnen war, daher trat neben das System der Abschirmung der Versuch, auf die politischen Überzeugungen der gezogenen Wehrpflichtigen einzuwirken, mit dem Ziel, sie als königstreue und verlässliche Anhänger des nationalen Staates und der ihn tragenden kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft nach Ablauf der zweijährigen Dienstzeit entlassen zu können. Die Armee des Kaiserreiches hat alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft, um auf diesem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen. Reinhard Höhn hat im einzelnen nachgewiesen, in welcher Weise hierfür die militärische und nationale Zeremonie, die christliche Predigt und die patriotisch gefärbte geschichtliche Überlieferung benutzt wurde, um der sozialistischen eine nationale – mit unterschiedlichen Ingredienzien versehene – Ideologie gegenüberzustellen⁶.

Jede Armee der Welt wird sich ähnlicher Strategien der Abschirmung und Immunisierung gegenüber revolutionären Kräften auch heute noch bedienen. Die Besonderheit in der Entwicklung der Armee des Kaiserreiches liegt nun darin, daß diese Kombination von Abschirmung und Indoktrination, wie sich in den Jahren 1905–1907 herausstellte, weitgehend gescheitert war⁷. Trotz aller vorbeugender Maßnahmen war an der Tatsache nicht mehr zu rütteln, daß sich unter den gezogenen Wehrpflichtigen zunehmend Anhänger der Sozialdemokratischen Partei befanden⁸, das System der Verbote auf diese Weise also unterlaufen worden war. Zudem hatte die literarische Diskussion um die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die politischen Überzeugungen der Mannschaften gezeigt, daß über den einzuschlagenden Weg weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden und das bisher Erreichte überwiegend negativ beurteilt wurde⁹. Als Wilhelm II. durch seine Ordre vom 3. Januar 1907 dem in diesem Sinne fortschrittlichen Experiment eines sozialpolitischen Un-

⁶ HÖHN: Bd. 3, S. 210 ff. sowie W. DEIST: Die Armee in Staat und Gesellschaft 1890–1914, in: Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, hrsg. von M. STÜRMER, Düsseldorf 1970, S. 324 ff. (zit. DEIST: Die Armee in Staat und Gesellschaft).

⁷ Ebd., S. 326 ff.

⁸ Vgl. hierzu die von HÖHN. Bd. 3, S. 116 ff., mitgeteilten Berichte der bayer. Kommandierenden Generale an das Kriegsministerium in München.

⁹ Ebd., S. 258 ff.

terrichts im Bereich des XVIII. AK unter dem Befehl des Generals v. Eichhorn ein Ende bereitete, war damit zugleich das Urteil über den Erfolg aller Immunisierungsversuche gesprochen¹⁰.

Wie haben nun die verantwortlichen militärischen Institutionen, die Kriegsministerien, insbesondere das preußische, auf diese Entwicklung der Dinge reagiert? Die Beantwortung dieser Frage gewinnt dadurch an Bedeutung, daß in den Augen der militärischen Führung die Weltkriegssituation sich in dieser Hinsicht nur dem Grade nach, nicht prinzipiell von der Vorkriegssituation unterschied. In den zehn Jahren vor dem Weltkrieg mußte sich das Preußische Kriegsministerium mit dem Gedanken abfinden, daß sich unter den Mannschaften, den Unteroffizieren, ja sogar unter dem Führungsnachwuchs der Einjährig-Freiwilligen¹¹ und in dem großen Heer der Reservisten in steigender Zahl überzeugte Sozialdemokraten befanden. Konnte die Armee unter diesen Umständen ihre innenpolitische Aufgabe, Garant der staatlichen und gesellschaftlichen Herrschaftsstruktur zu sein, noch in dem notwendigen Maße nachkommen?

Überblickt man die innenpolitisch relevanten Ereignisse dieses Jahrzehnts – der große Bergarbeiterstreik im März 1912 im Ruhrgebiet und die Zaberner Affäre könnten als Beispiele dienen – so wird man feststellen müssen, daß die Armee sich insbesondere im letzteren Falle vollkommen durchzusetzen verstand, sich nach wie vor als offenbar unüberwindliches Bollwerk, als harter Kern des konstitutionellen Verfassungssystems erwies und auch in der prekären Streiksituation des Jahres 1912 ihrer Aufgabe als Wahrerin der etablierten Ordnung gerecht wurde¹².

Der damit erbrachte Nachweis einer zwar kritisierten, aber im wesentlichen unangefochtenen Stellung der Armee in Staat und Gesellschaft bestätigte die Überzeugung vieler Offiziere, daß das militärische Reglement auch Sozialdemokraten zu disziplinieren vermöge. Außerdem nahm

¹⁰ Ebd., S. 292 f. (mit falscher Datierung).

¹¹ Vgl. hierzu die sehr aufschlußreiche Erörterung über den Fall Stoecker im Preußischen Staatsministerium, in der es um die Frage ging, ob einem aktiven Sozialdemokraten die Vergünstigung des einjährig-freiwilligen Dienstes zugestimmt werden könne, Militär und Innenpolitik, S. XXIII.

¹² Zu Zabern vgl. H.-U. WEHLER: Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise des wilhelminischen Kaiserreiches, in: Welt als Geschichte, 23. Jg. (1963), S. 27 ff., wieder abgedruckt in: ders.: Krisenherde des Kaiserreiches 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 65 ff. sowie Militär und Innenpolitik, S. XXV ff. – Generaloberst v. EINEM, der 1912 Kommandierender General des VII. AK (Münster) war, schreibt in seinen »Erinnerungen eines Soldaten 1853–1933« (Leipzig 1933, S. 167): »Die Truppe war in festester Disziplin; keiner der vielen Bergleute in ihren Reihen hat versagt. Es war eine Probe aufs Exempel, wie sie vor dem Kriege drastischer nicht gestellt werden konnte.« Trotz des Einmarsches der Truppen verlief der Streik tatsächlich unblutig.

man an, daß es sich in der Mehrzahl um sogenannte »Mitläufer« der politischen Bewegung handele und man war notgedrungen bereit, diese in den Reihen der Armee zu tolerieren. Verschiedene Kommandeure mußten überdies feststellen, daß auch Sozialdemokraten durchaus brauchbare Soldaten waren und diese Erkenntnis erleichterte zweifellos den Entschluß zur Tolerierung der »vaterlandslosen Gesellen« in den eigenen Reihen¹³. Es ist sehr bezeichnend, daß dieser Tendenz ein Anwachsen des revisionistischen Flügels innerhalb der Sozialdemokratischen Partei entsprach. Seit der Niederlage Schippels auf dem Parteitag in Hannover 1899 hatte auch in der Wehrfrage der Revisionismus an Boden gewonnen, erst auf diesem Hintergrund wird die bedeutsame Reichstagsrede Noskes vom April 1907 verständlich.

Für die Armee ergab sich der Zwang zur Tolerierung nicht nur aus dem stetigen zahlenmäßigen Wachstum der Partei und dessen Reflex bei Rekruten und Reservisten, sondern auch aus den zwingenden rüstungspolitischen Forderungen des Generalstabes. In der Auseinandersetzung um die Heeresvermehrung der Jahre 1912 und 1913 mußte das Preußische Kriegsministerium, das vor allem die Gefahren für die Struktur der Armee im Auge hatte, sich den nüchternen Berechnungen des Generalstabes beugen¹⁴. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke konnte nur zur Folge haben, daß erneut die Chance verringert wurde, Sozialdemokraten in nennenswertem Maße auszusondern. Deshalb war es nur konsequent, wenn das Preußische Kriegsministerium im Frühjahr 1912 die Kommandierenden Generale vor einem übereilten Handeln bei inneren Konflikten warnte und eine nachdrückliche Unterstützung der Polizei in derartigen Situationen empfahl, um ein Eingreifen der Armee möglichst zu vermeiden¹⁵.

Der Eindruck, die Armee habe sich mit den Gegebenheiten abgefunden, habe vor der sozialdemokratischen Gefahr resigniert, täuscht jedoch. Die Praxis der Tolerierung einer doch noch relativ kleinen Gruppe von Sozialdemokraten war nur eine unter mehreren Reaktionen der militärischen Führung. Wiederum war es der Generalstab, der mit einer 1907 fertiggestellten kriegsgeschichtlichen Studie die militärischen Aspekte revolutionärer Ereignisse in Europa seit 1830 untersuchte und damit auf den erwarteten großen Konflikt innerhalb der Reichsgrenzen vorberei-

¹³ DEIST: Die Armee in Staat und Gesellschaft, S. 327.

¹⁴ Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kriegsministerium und dem Generalstab vgl. H. HERZFELD: Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, Bonn 1923, S. 47 ff. u. Kitchen, S. 6 f. u. S. 32 f. [Vgl. jetzt auch D. GROH: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1973.]

¹⁵ Für den Erlaß v. 8. 2. 1912 vgl. Militär und Innenpolitik, S. XXXVII f.

ten wollte und aus der Analyse historischer Ereignisse glaubte konkrete Anweisungen für die Gegenwart entnehmen zu können. Hier wurde in umfassender Weise eine kompromißlose Niederwerfung jedes möglichen Aufstandsversuches ins Auge gefaßt und ohne jede Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte allein auf Grund militärfachlicher und militärtechnischer Kategorien be- und geurteilt. Bedeutung gewann diese Studie erst dadurch, daß sie den Kommandierenden Generalen als Richtlinie für ihre detaillierten Anordnungen diente, die bis in den Juli 1914 hinein die Grundlage aller Vorbereitungen nicht nur für den Fall eines inneren, sondern auch eines äußeren Konfliktes bildeten¹⁶. Innerer und äußerer Notstand wurden nicht mehr geschieden.

Generalstab und Kommandierende Generale waren auf Grund ihrer institutionellen Position als Immediatstellen und ihrer alleinigen Bindung an die Kommandogewalt des Monarchen in der Lage, ihre Planungen allein nach den Grundsätzen militärischer Effizienz auszurichten. Nicht so der preußische Kriegsminister, der als Kommissar des Bundesrates die Belange der Armee vor dem Reichstag zu vertreten hatte und daher auch als Militär politischen Notwendigkeiten nicht aus dem Wege gehen konnte. Als einer der erwähnten Befehle der Kommandierenden Generale bekannt wurde, war es der preußische Kriegsminister, der auf Druck des Reichstages eine Milderung durchsetzte¹⁷. So sehr das Ministerium die Aufstellung detaillierter Pläne für den Konfliktfall unterstützte, so deutlich war doch in den Richtlinien vom 8. Februar 1912 das Bestreben spürbar, den tatsächlichen Einsatz der Armee auf den äußersten Notfall zu beschränken¹⁸. Es mag dabei auch die Überlegung mitgespielt haben, daß der Zwang zur Tolerierung sozialdemokratischer Soldaten in der Armee und die gleichzeitige, zielgerichtete Vorbereitung auf den Konflikt mit der sozialdemokratischen Bewegung auf ein riskantes Experiment hinauslief, dessen Erfolgchancen unter der Perspektive steigender Stimmengewinne der Partei *und* einer steigenden Friedenspräsenzstärke nicht von vornherein als gesichert angesehen werden konnten.

Das Kriegsministerium reagierte auf das Scheitern der Immunisierungsversuche in zweifacher Weise. Auf der einen Seite lassen sich in dem Zeitraum zwischen Dezember 1905 und Juli 1914 zahlreiche Versuche registrieren, mit Hilfe einiger zu verschärfender und neu zu schaffender

¹⁶ Ebd., S. XXV ff.

¹⁷ Es handelte sich um die in dem Befehl des Kommandierenden Generals des VII. AK, Frhr. v. Bissing, im Falle innerer Unruhen vorgesehene Verhaftung von Reichstagsabgeordneten unter Mißachtung der Immunität. Diese Bestimmung wurde durch Erlaß des Preußischen Kriegsministeriums v. 17. 11. 1910 aufgehoben.

¹⁸ Der Einsatz von Truppen sollte »im Interesse der Armee nach Möglichkeit vermieden werden«, vgl. Anm. 15.

gesetzlicher Bestimmungen die »antimilitaristische Propaganda« der Sozialdemokratie – ein sehr dehnbarer Begriff – zu unterbinden. Die Versuche scheiterten zumeist schon im Preußischen Staatsministerium oder versandeten in langwierigen Kommissionsberatungen. Selbst als der Kaiser sich Anfang Juli 1914 erneut hinter entsprechende Forderungen Falkenhayns stellte und auch der Reichskanzler bereit schien, den Weg der Repression einzuschlagen, war man von einem Erfolg eines gesetzlichen Einschreitens gegen die sozialdemokratische Bewegung noch weit entfernt¹⁹.

Neben dieses gewissermaßen konventionelle Verfahren traten andererseits Bemühungen des Kriegsministeriums, die in eine neue Richtung wiesen und die als die eigentliche Antwort der Armee auf die Bedrohung durch die Sozialdemokratie interpretiert werden dürfen. Als Tirpitz und sein Nachrichtenbüro im Herbst 1897 eine bisher nicht dagewesene, im Zeichen der nationalen Sammlungspolitik stehende Propaganda entfalten und sich die Flottenpolitik als Ergebnis dieser jahrelang fortgesetzten Agitation auf eine breite Basis in Reichstag und Bevölkerung stützen konnte, hatte die Armee abseits gestanden, sie lehnte derartige Methoden ab²⁰. Erst langsam erkannte man den Nutzen, der sich aus der Mobilisierung der Öffentlichkeit auch für die Abwehr der sozialdemokratischen Unterwanderung ziehen ließ. Das Kriegsministerium hat in dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges die bislang geübte kühle Distanz gegenüber Vereinen und Gruppierungen jeder Art aufgegeben und in zunehmendem Maß Organisationen unterstützt, die geeignet erschienen, die Verankerung der Armee in der sogenannten nationalen Mehrheit der Bevölkerung zu festigen beziehungsweise verlorenes Terrain wieder zu gewinnen. Am deutlichsten ist diese Entwicklung an der Geschichte der Kriegervereinsbewegung nachzuweisen²¹. Nachdrückliche Förderung wurden den Kriegervereinen von seiten der Armee erst dann zuteil, als sich das Kriegsministerium Sorgen um die Zuverlässigkeit der Reservisten machte. So wurde auch unter anderem die bisher wegen ihrer liberalen Vergangenheit gemiedene Deutsche Turnerschaft nunmehr aktiv unterstützt. Das Kriegsministerium begnügte sich jedoch nicht damit, die Wehrpflichtigen nach Ablauf ihrer aktiven Dienstzeit in national zuverlässigen Vereinen zu organisieren, auch auf die noch nicht wehrpflichtige Ju-

¹⁹ Zusammenfassend zu den seit Ende 1905 verstärkt einsetzenden Bemühungen vgl. K. SAUL: Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne. Ein Beitrag zur »Jugendpflege« im Wilhelminischen Reich 1890–1914, in: MGM, 9 (1971), S. 102 f., S. 124 f. (zit. Saul).

²⁰ Vgl. DEIST: Die Armee in Staat und Gesellschaft, S. 331 u. S. 333.

²¹ Vgl. hierzu HÖHN, Bd. 3, S. 379 ff., vor allem aber die eindringliche Analyse und Würdigung des Kriegervereinswesens von K. SAUL: Der »Deutsche Kriegerbund«. Zur innenpolitischen Funktion eines »nationalen« Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: MGM, 6 (1969), S. 95 ff.

gend richtete sich ein gleichartiges Interesse. K. Saul hat in seiner jüngsten Arbeit²² nachgewiesen, welcher regen Anteil die preußischen Kriegsminister an allen Projekten der staatlich gelenkten »Jugendpflege« nahmen. Einen vorläufigen Höhepunkt fanden diese Bestrebungen einerseits in einem vom Kriegsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Einführung einer »allgemeinen militärischen Vorbereitungspflicht« im Juli 1914²³ und andererseits in der Gründung des »Jungdeutschlandbundes« im Jahre 1911. Gerade die Entwicklung dieses Bundes, an dessen Spitze Generalfeldmarschall Colmar v. d. Goltz berufen wurde, läßt die Intentionen der militärischen Führung sehr deutlich erkennen, zeigt aber auch die Grenzen, die einem derartigen Versuch unter den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Vorweltkriegszeit gesetzt waren. Rein äußerlich nahm der Bund einen glänzenden Aufschwung, 1914 waren ihm annähernd 750 000 Jugendliche angeschlossen. K. Saul hat jedoch darauf verwiesen, daß diese Zahl vor allem auf dem korporativen Beitritt konfessioneller, staatlich organisierter und anderer Verbände beruhte, die auf diese Weise ihre eifersüchtig gewährte Selbständigkeit zu erhalten suchten²⁴. Die Armee sah in dem Jungdeutschlandbund eine Möglichkeit, ihrem Ziel, die noch nicht wehrpflichtige Jugend dem Zugriff der Sozialdemokratie zu entziehen, näher zu kommen. Aber, und hier zeigen sich die in der Armee selbst liegenden Grenzen, sie war nicht imstande, das aktive Offizierkorps in einem ausreichenden Maße für diese Aufgabe zu mobilisieren. Mit Ausnahme der Vertrauensmänner, die für größere Bereiche von den Kommandierenden Generalen und den Bundesfürsten ernannt worden waren, haben sich nur in Bayern in größerer Zahl aktive Offiziere für die Jugendarbeit im dortigen Wehrkraftverein eingesetzt²⁵. Goltz mußte im Juni 1914 feststellen, daß dem Jungdeutschlandbund ca. 57 000 Führer fehlten, der Versuch war demnach gescheitert²⁶. Auch der Wehrverein, der nach dem Vorbild des Flottenvereins der Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine Masse des Bürgertums jeder Schattierung gegenüberstellen wollte, hat dieses Ziel wegen seiner überschäumenden Aggressivität nicht erreicht. Es gelang nicht, die po-

²² SAUL, S. 97 ff.

²³ Ebd., S. 124 f. Der den preußischen Staatsministern übersandte Gesetzentwurf über die »*Hebung der sittlichen und körperlichen Kräfte der deutschen Jugend*« datiert v. 28. 7. 1914. In einem vorbereitenden Schreiben an den Reichskanzler v. 3. 10. 1913 (S. 135 ff.) hatte Falkenhayn klar ausgesprochen, daß das projektierte Gesetz vor allem dazu dienen sollte, »*diejenigen Jugendlichen, die unter antimilitaristischem Einfluß aufwachsend, in staatsfeindlichem, vaterlandslosem und antimilitaristischem Geiste erzogen werden*« zu erfassen.

²⁴ Ebd., S. 121 f.

²⁵ Ebd., S. 116 f. sowie HÖHN, Bd. 3, S. 513 ff.

²⁶ SAUL, S. 122.

litischen Kräfte außerhalb der Sozialdemokratie im Interesse der Armee zu integrieren – ein Ziel, das Tirpitz vor und nach dem zweiten Flottengesetz doch annähernd erreicht hatte.

Das Verhältnis der Armee zur organisierten Arbeiterschaft am Vorabend des Krieges hatte sich kompliziert, sie stand dem Problem im Grunde ebenso konzeptionslos gegenüber wie die Mehrzahl der bürgerlichen und konservativen Gruppen. Weder der Konflikt schien ratsam, noch konnte die Repression durch gesetzliche Maßnahmen verwirklicht werden. Auch der für die Armee neuartige, im Kriege wieder aufgenommene Versuch, durch den nationalen Appell die Unterstützung der nichtsozialdemokratischen Mehrheit der Bevölkerung für die Abwehr und Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung zu gewinnen, war fehlgeschlagen. In dem Jahrzehnt vor Kriegsausbruch hatte sich aber eine Erfahrung immer wieder bestätigt: Sozialdemokraten erwiesen sich als durchaus akzeptable Soldaten! Es blieb also im Endeffekt doch bei dem schon seit Anfang des Jahrhunderts praktizierten Verfahren, daß nur besonders tätige, aktive Sozialdemokraten ausgesondert, dagegen die sogenannten »Mitläufer« toleriert wurden. Solange die Führungspositionen davon unberührt blieben, glaubten die Kommandobehörden, sich damit abfinden zu können. Das Offizierkorps blieb jedoch der schärfste Gegner der politischen Arbeiterbewegung und sein Nachweis wurde in diesem Sinne erzogen²⁷. Die positiven Erfahrungen mit Sozialdemokraten änderten nichts an der durch die Funktion der Armee im Herrschaftsgefüge des Kaiserreiches gegebenen Grundposition gegenüber jeder politischen Bewegung, die dieses Herrschaftssystem in Frage stellte oder es zu stürzen beabsichtigte. Für die Entwicklung des Verhältnisses im Kriege wird es daher von ganz wesentlicher Bedeutung sein, ob sich eine Modifizierung dieser Grundposition feststellen läßt oder nicht.

In Übereinstimmung mit den Intentionen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und auf dessen Initiative hin hat das Preußische Kriegsministerium – noch vor der, nun auch die Öffentlichkeit erfassenden Zuspitzung der Juli-Krise 1914 – die Grundlage für die kommende Politik des Burgfriedens gelegt. Mit der Empfehlung vom 25. Juli 1914 an die Kommandierenden Generale, alle für den Ernstfall, das heißt für die Verhängung des Belagerungszustandes und die Mobilmachung, geplanten Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu unterlassen und bei Eingriffen in die politischen Freiheitsrechte jede Diskriminierung bestimmter Gruppen zu vermeiden, wurde die bisher intern geübte Tolerierungspraxis auf die sehr viel komplizierteren politischen Verhältnisse des Reiches

²⁷ Vgl. KRAFFT: Dienst und Leben des jungen Infanterie-Offiziers (= Handbibliothek des Offiziers, Bd. 22), Berlin 1914, S. 218, hier wird die Sozialdemokratie als die »*Todfeindin des deutschen Offiziers*« bezeichnet.

übertragen²⁸. In Anbetracht der völlig unübersichtlichen, ja chaotisch zu nennenden Verhältnisse, die sich aus dem geltenden Kriegszustandsrecht ergaben, ist es nicht verwunderlich, daß einzelne der insgesamt 57 in ihren Entscheidungen keiner Zentralbehörde, sondern nur dem fernen Obersten Kriegsherrn verantwortlichen Militärbefehlshabern diesen politischen Richtlinien nicht immer folgten und eindeutig gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Maßnahmen der Zensur und zur Regelung des Versammlungswesens ergriffen²⁹. Doch hielt sich diese von der Generallinie abweichende Politik einzelner Militärbefehlshaber aufs Ganze gesehen in engen Grenzen und es bleibt eine beachtenswerte Tatsache, daß die Politik des Burgfriedens nicht an der Armee und den für die innenpolitische Entwicklung mitverantwortlichen Militärbefehlshabern gescheitert ist. Dabei hat die personelle Besetzung der Militärbefehlshaberstellen und der Abteilungen der stellvertretenden Generalkommandos mit verabschiedeten Offizieren und Reserveoffizieren³⁰ die praktische Durchführung des Burgfriedenskonzepts eher erschwert als erleichtert.

Die Motive, die der Entscheidung des Preußischen Kriegsministeriums und des Generalstabes des Feldheeres zur Unterstützung der Burgfriedenspolitik zu Grunde lagen, sind leicht zu erkennen. Es war für die militärischen Kommandobehörden eine offene Frage, ob die alles entscheidende reibungslose Durchführung der Mobilmachung nicht durch eine gleichzeitige rigorose Repressionspolitik im Innern wesentlich behindert werden würde. Der Verlauf und das Ergebnis der Reichstagssitzung vom 4. August erwies sich in dieser Hinsicht als eine nachdrückliche Rechtfertigung der vom Preußischen Kriegsministerium seit dem 25. Juli eingeschlagenen politischen Linie. Sie wurde durch den Chef des Generalstabes mit einem Erlaß vom 13. August bestätigt und bekräftigt³¹. Jeder innere Konflikt mußte die Konzentration der Kräfte auf den Krieg mindern und daher vermieden werden. Als allerdings die Hoffnungen auf einen kurzen Krieg enttäuscht worden waren, die Materialschlachten

²⁸ Vgl. den Abdruck des Dokuments in: Militär und Innenpolitik, Nr. 27, S. 188 ff. »Es ist nicht erwünscht, daß politische Parteien durch Unterdrückung ihrer Presse und Verhaftung ihrer Führer von vornherein in einen scharfen Gegensatz zur Regierung hineingetrieben werden. Deshalb ist zunächst ein abwartendes Verhalten, bei strenger Überwachung gegenüber der sozialdemokratischen, polnischen, dänischen und elsass-lothringischen Presse und Partei angezeigt.«

²⁹ Zum Regime der Militärbefehlshaber vgl. Militär und Innenpolitik, S. XXXI ff. Zu den unterschiedlichen Verhältnissen bezüglich des Zensur- und Versammlungsrechtswesens in den einzelnen territorialen Bereichen vgl. ebd., Nr. 45, S. 87 f.; Nr. 97, S. 226 ff.; Nr. 107, S. 250, u. Nr. 114, S. 263 f.

³⁰ Für die Militärbefehlshaber vgl. Anl. 1 von Militär und Innenpolitik, S. 1403 ff.; Anl. 3, S. 1411 f., gibt einen Anhalt über die entsprechenden Verhältnisse bei den Zensur- und Aufklärungsoffizieren, vgl. hierzu auch ebd., Nr. 41, S. 81, insbes. Anm. 3.

³¹ Ebd., Nr. 79, S. 193 f.

vielmehr in bisher unbekanntem Maße die wirtschaftlichen, personellen und moralischen Ressourcen der Nation in Anspruch nahmen und auszehrten, stand die militärische Führung einer Situation gegenüber, die durch ein rein opportunistisches Verhältnis zur organisierten Arbeiterschaft, wie zu Beginn des Krieges, nicht mehr zu meistern war.

Seit dem Frühjahr 1915 wuchs im Preußischen Kriegsministerium die Erkenntnis, daß die zweckentsprechende Verteilung der wehrpflichtigen Bevölkerung auf den kriegsindustriellen und den militärischen Sektor zu einer der entscheidenden Fragen des Krieges geworden war. Die Facharbeiterforderungen der Industrie und der militärische Ersatz für das Feldheer mußten auf einen Nenner gebracht werden³². Sehr schnell ergab sich daraus die weitere Konsequenz, daß ohne Einblick und Einwirkung auf die industriellen Produktions- und Arbeitsverhältnisse das Problem nicht zu lösen war, wollte man die von einem sehr spürbaren Profitinteresse geprägten Forderungen der Industriellen auf ein Maß zurückschrauben, das den auf Effektivität bedachten Vorstellungen der Militärs entsprach. Auf diesem Umweg sahen sich nicht nur das Preußische Kriegsministerium, sondern auch die stellvertretenden Kommandierenden Generale, die Militärbefehlshaber, mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen konfrontiert, die ihnen bisher völlig fremd waren. Die Bemühung um einen möglichst zweckentsprechenden, vor allem störungsfreien Einsatz der beschränkten menschlichen Arbeitskräfte brachte es ganz zwangsläufig mit sich, daß sich militärische Behörden auch mit der Arbeitszeitregelung³³, mit Lohnfragen³⁴, mit der Freizügigkeit des Arbeiters³⁵, ja selbst mit Urlaubsfragen³⁶ beschäftigen mußten. Damit ist aber gleichzeitig gesagt, daß die Militärbehörden auf eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, auch und gerade den sozialdemokratischen unter der Führung Carl Legiens angewiesen waren. Ein stabiler, vertrauensvoller Kontakt zu den Gewerkschaften ist vom Preußischen Kriegsministerium immer

³² Der Referent für Zurückstellungen aus dem Heeresdienst im Preußischen Kriegsministerium, Richard Sichler, formulierte in einer Besprechung im Juni 1916 (Militär und Innenpolitik, Nr. 196, S. 480): »Das gesamte Volk führt den Krieg auf 2 Schlachtfeldern: an der Front und im Lande. Keiner dieser beiden Kampfplätze ist getrennt von dem anderen auch nur kurze Zeit lang denkbar. Jeder hat die Grundlagen seines Bestandes im anderen.« Vgl. auch die Richtlinien für die Behandlung der Arbeiterfrage in der Kriegsindustrie v. 15. 6. 1915, ebd., Nr. 184, S. 461 ff.

³³ Ebd., Nr. 184, S. 466 f.; Nr. 244, S. 644, Anm. 9 und Nr. 292, S. 742.

³⁴ Als Beispiel sei verwiesen auf eine entsprechende Verfügung des Kriegsamts v. 5. 7. 1917 (ebd., Nr. 229, S. 594 f.). »Eine solche vermittelnde Tätigkeit [bei Lohnstreitigkeiten] gehört unbedingt zu den Aufgaben der Kriegsamtstellen.«

³⁵ Die Kritik der OHL am Hilfsdienstgesetz entzündete sich an diesem Punkt.

³⁶ Das Preußische Kriegsministerium plädierte in einem Schreiben v. 13. 9. 1916 an die Arbeitgeberverbände für einen Erholungsurlaub für Arbeiter, um die Arbeitsunfähigkeit bei schlechter Ernährung zu erhalten, vgl. Militär und Innenpolitik, Nr. 189, S. 490, Anm. 21.

wieder empfohlen worden, ob unter Wandel, Groener oder Scheüch³⁷. Diese Politik hat zu bestimmten Zeiten und in bestimmten regionalen Bereichen Rückschläge erlitten, manche Militärbefehlshaber haben sich widerstrebend, manche nur sporadisch zu einer Zusammenarbeit entschließen können³⁸, aber es gab ihr gegenüber keine Alternative. Deshalb haben die Angriffe aus den Kreisen der Industrie gegen die sozialpolitischen Initiativen, gegen die »staatssozialistischen« Eingriffe in das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt³⁹. Auch die Personalisierung des Konflikts auf den zivilen Referenten im Kriegsministerium, Sichler, oder andere Persönlichkeiten bei den stellvertretenden Generalkommandos, konnte nicht verhindern, daß die Armee auf eine wie auch immer im einzelnen geartete Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterschaft angewiesen war, so wie es Groener am 9. November 1916 vor den Bevollmächtigten zum Bundesrat ausdrückte⁴⁰: »Gegen die Arbeiter könnten wir diesen Krieg überhaupt nicht gewinnen.« Vergleicht man diese Erkenntnis mit dem Selbstbewußtsein der Armee vor dem Kriege, das sich auf die Bewährung im deutsch-französischen Kriege stützte, so wird ohne weiteres deutlich, welche einschneidenden Folgen diese Einsicht für das Selbstverständnis insbesondere des Offizierkorps haben mußte. Der Krieg war nicht mehr ausschließlich Sache der Armee.

Die 57 Militärbefehlshaber des Deutschen Reiches waren darüber hinaus in erster Linie verantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Schon im ersten Kriegsjahr stellte sich heraus, daß die schwerste Bedrohung dieser Sicherheit ausging von den Folgeerscheinungen der krisenhaften Verknappung der Lebensmittel. Aufläufe von aufgebrauchten Hausfrauen, Demonstrationen gegen die allgemeine Teuerung, Schleichhandel, schließlich Arbeitseinstellungen und Streiks großen Umfangs spiegelten eine Not wider, die nicht einfach durch den Polizeiknüppel, schon gar nicht durch den Einsatz von Soldaten aus der Welt geschaffen werden konnte. Auch hier waren die Militärbehörden darauf angewiesen, durch Verhandlungen einen Ausgleich herbeizuführen. Und wie-

³⁷ Beispielhaft sei verwiesen auf ebd., Nr. 97, S. 226 ff.; Nr. 104, S. 242 f.; Nr. 207, S. 542; Nr. 236, S. 620 f.

³⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang die politischen Äußerungen und Maßnahmen des stellv. Kommandierenden Generals des II. AK in Stettin, General v. Vietinghoff, ebd., Nr. 97, S. 226, Anm. 2; Nr. 151, S. 373 f.; Nr. 164, S. 405, Anm. 11; Nr. 173, S. 427 f.; Nr. 207, S. 543, Anm. 14.

³⁹ Vgl. G. D. FELDMAN: *Army, Industry, and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton N. J. 1966, S. 73 ff. (zit. FELDMAN). Vgl. auch *Militär und Innenpolitik*, Nr. 185, S. 472 ff.; Nr. 189, S. 486 ff. u. Nr. 219, S. 570 ff.

⁴⁰ Ebd., Nr. 198, S. 513, zur Gegenposition vgl. die Denkschrift des Oberstleutnants Bauer vom Juli 1918, ebd., Nr. 464, S. 1241.

derum konnte nur verhandelt werden, wenn man die Vertreter der Arbeiterschaft, Funktionäre der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, als Verhandlungspartner akzeptierte⁴¹. So traten neben die paritätisch besetzten Ausschüsse des Hilfsdienstgesetzes, deren Vorläufer unter Assistenz des Preußischen Kriegsministeriums zustande gekommen waren, jetzt in der schweren Krise des Frühjahrs 1917 die von einzelnen Militärbefehlshabern unter maßgeblicher Beteiligung der Arbeiterschaft gebildeten Kommissionen, die die gerechte Verteilung der Lebensmittel überwachen sollten⁴².

Trotz dieser vorsorglichen Maßnahmen kam es dann doch zu der ersten großen Streikbewegung im April 1917 und damit auch zur entscheidenden Krise im Verhältnis des Militärs zur organisierten Arbeiterschaft im Kriege. Bei der Lösung der bisher erwähnten industriellen und Versorgungswirtschaftlichen Probleme konnten sich die Militärbehörden an den Maßstab der Effektivität, des unmittelbaren Nutzens für die Kriegführung halten und die damit verbundenen politischen Konsequenzen bewußt in Kauf nehmen. In der großen innenpolitischen Krise des Frühjahrs 1917 brach sich zum ersten Mal die demokratische Welle, die der Krieg und die Maßnahmen der Militärbehörden selbst in Gang gesetzt hatten. Der Maßstab militärischer Effektivität verlor seine absolute Gültigkeit, andere Kriterien drängten sich in den Vordergrund.

An dieser Stelle muß nun die Institution in die Betrachtung einbezogen werden, die gemeinhin fast ausschließlich als die Repräsentanz der Armee im Weltkrieg gilt – die Oberste Heeresleitung. Während der Generalstab des Feldheeres unter Moltke und Falkenhayn sich in innenpolitischen Fragen relativ zurückgehalten hatte, änderte sich dieses Bild unter Hindenburg und Ludendorff grundlegend. In bezug auf das Verhältnis zur organisierten Arbeiterschaft zeigte sich, daß die 3. OHL und – so darf vermutet werden – die Masse des aktiven Offizierkorps einer politischen Linie folgten, die in einem offensichtlichen Gegensatz zu dem von den Militärbehörden der Heimat eingeschlagenen Weg stand. Bei aller Einsicht in die gesteigerte Bedeutung der industriellen Produktion und damit auch der Arbeiterschaft für die Kriegführung war dieser Teil des Offizierkorps nicht bereit, daraus die Notwendigkeit irgendwelcher politischer Reformen abzuleiten. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 wurde zwar begrüßt, aber als eine längst überfällige, im übrigen selbstverständliche Kurskorrektur

⁴¹ Wie sehr sich manche Militärbehörden dagegen sträubten, läßt sich an einem Kieler Beispiel aus dem Juni/Juli 1916 verdeutlichen, vgl. ebd., Nr. 157, S. 388 ff. sowie Nr. 215, S. 557 ff.

⁴² Vgl. ebd., Nr. 292, S. 742, Anm. 6.

hingestellt. Wild v. Hohenborn, der spätere preußische Kriegsminister, hat im Oktober 1914 die wohl allgemein im Offizierkorps herrschende Meinung sehr drastisch zum Ausdruck gebracht⁴³: »Die Führer bleiben Halunken. Die Sozen in der Front sind untadelhaft. In der Armee gibts keine Sozen! Nur brave Soldaten! . . . Die Sozialdemokratie kann einpacken.« Auch hier wird die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 zu einer glänzenden Rechtfertigung der Tolerierungspraxis der Armee in den Vorkriegsjahren und angesichts der nationalen Begeisterung des Kriegsbeginns die weitere Folgerung daraus gezogen, daß der Krieg der Partei die Massenbasis entzogen habe. Von hier aus läßt sich die Linie ziehen zu Ludendorffs Programm im Herbst 1916. Das Hilfsdienstgesetz, als notwendige Ergänzung des industriellen Hindenburg-Programms, sollte im Wege des nationalen Appells vom Reichstag verabschiedet werden⁴⁴. Nicht die Gewährung irgendwelcher Rechte an die Arbeiterschaft stand dabei ursprünglich im Vordergrund, sondern die Auferlegung neuer Pflichten. Zur Mobilisierung aller materieller und moralischer Energien sollte auch die Freigabe der Kriegszielerörterung in der Öffentlichkeit beitragen, unterstützt durch eine intensivierete staatliche Propaganda, die dann schließlich im Vaterländischen Unterricht ihre endgültige Form fand. Sowohl Wild v. Hohenborn im Oktober 1914 als auch Ludendorff als I. Generalquartiermeister ab 1916 gingen von der Vorstellung aus, daß der Krieg als nationale Bewährungsprobe die Bedeutung der schon immer nur widerwillig zur Kenntnis genommenen Parteien auf ein Minimum herabgedrückt habe. Zudem waren die Dioskuren Hindenburg und Ludendorff auf einer Welle allgemeiner Zustimmung, auch aus dem sozialdemokratischen Lager⁴⁵, an die Macht gelangt und das Bewußtsein ihrer plebiszitären Machtposition verstärkte nur ihre Nichtachtung der Parteien. Die Repräsentanz der Nation sahen sie in der Armee, nicht in den Parteien und auch die Arbeiterschaft war ein zwar notwendiges, vor allem aber ein zu disziplinierendes Instrument zur Erreichung des militärischen Sieges. Ludendorff mußte allerdings bereits bei den Verhandlungen um das Hilfsdienstgesetz die Erfahrung machen, daß der nationale Appell seine Kraft verloren hatte und daß innenpolitische Ergebnisse im Sinne der Kriegführung ohne Unterstützung der Parteien nicht zu erreichen waren⁴⁶. Oberstleutnant Bauer, der ausschlaggebende innenpolitische Berater Ludendorffs, hat daraufhin als Alternative die Diktatur empfohlen, stieß

⁴³ Brief v. 8. 10. 1914, vgl. ebd., Nr. 86, S. 205, Anm. 6.

⁴⁴ Vgl. hierzu Groeners Äußerungen vor den Bevollmächtigten zum Bundesrat am 9. 11. 1916, ebd., Nr. 198, S. 514.

⁴⁵ FELDMAN, S. 141 f.

⁴⁶ Vgl. Militär und Innenpolitik, S. L XII ff.

aber in diesem Punkt auf die Ablehnung des Generals⁴⁷. Als nun im Frühjahr 1917 von eben diesen Parteien die Verwirklichung der wesentlichen Komponenten der »Neuorientierung« gefordert wurde, war die Ablehnung der OHL und auch der Masse des aktiven Offizierkorps eindeutig⁴⁸. Bauer und mit ihm viele Offiziere haben immer wieder versucht, den Ruf nach innenpolitischen Reformen dadurch zu bagatellisieren, daß sie ihn als eine Forderung der Parteien, nicht der Bevölkerung charakterisierten. Wie sehr sie damit einem Wunschdenken verfielen, zeigen gerade auch einige der Monatsberichte der stellvertretenden Generalkommandos⁴⁹, der Militärbehörden der Heimat.

Neben dem Hilfsdienstgesetz war die Freigabe der Kriegszielerörterung in der Öffentlichkeit das zweite wesentliche Element des Ludendorffschen Programms⁵⁰. Wie sehr man sich der innenpolitischen Funktion dieser Maßnahme bewußt war, geht schon daraus hervor, daß damit einer seit Jahren erhobenen Forderung annektionistischer Kreise entsprochen wurde, die sich davon eine Ablenkung der Öffentlichkeit von eben jenen Reformbestrebungen für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft erhofften. Auch die Praxis des Vaterländischen Unterrichts zielte im wesentlichen auf die Erhaltung des sozialen und ganz allgemein des innenpolitischen status quo. Die Frontstellung der 3. OHL gegen die Mehrheitssozialdemokratie war somit von allem Anfang an gegeben. Den Forderungen der streikenden Arbeiter vom 16. April und der Resolution der Sozialdemokratischen Partei vom 19. April für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen stand das Kreuznacher Programm der OHL vom 23. April 1917 gegenüber⁵¹. Trotz aller Schwankungen war gerade in dieser Frage der Gegensatz zwischen militärischer Führung und Mehrheitssozialdemokratie unüberbrückbar, eine Tatsache, deren Auswirkungen in der Arbeiterschaft sehr erheblich gewesen sind⁵².

Auch in der allgemeinen Einschätzung der sozialen Lage der Arbeiter-

⁴⁷ Vgl. ebd., Nr. 319, S. 795.

⁴⁸ Ebd., Nr. 276, 277 u. 281, S. 702 ff. Vgl. auch die Denkschrift aus dem Nachlaß Bauer von Ende April 1917, ebd., Nr. 286, S. 716 ff.

⁴⁹ Vgl. die Denkschrift Bauers v. 23. 4. 1918: »Bemerkungen über die innere Politik«, ebd., Nr. 452, S. 1211 ff., insbes. Anm. 14.

⁵⁰ Vgl. hierzu vor allem die Denkschrift des Chefs des Kriegspresseamtes v. 5. 10. 1916, ebd., Nr. 175, S. 431 ff.

⁵¹ Zu den Forderungen der Streikenden vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, Nr. 213 ff., S. 612 ff. Zur Reaktion der OHL auf die sozialdemokratische Resolution vgl. Militär und Innenpolitik, Nr. 285, S. 715.

⁵² Schärfsten Ausdruck fanden diese Spannungen in dem Januarstreik 1918. [Hierzu neuerdings G. D. FELDMAN, E. KOLB, R. RÜRUP: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift, 1972, S. 84 ff.]

schaft vertrat Bauer einen ausgesprochen extremen Standpunkt, der sich aber auch bei Ludendorff und in Abstufungen allgemein bei der Masse des aktiven Offizierkorps findet und der den Gegensatz zu den Auffassungen der Militärbehörden der Heimat besonders deutlich macht. Bauer hat insbesondere im Jahre 1918 immer wieder die Ansicht vertreten, daß erst Bethmann Hollwegs Politik der »Neuorientierung« der Sozialdemokratie wieder zu Einfluß und Macht verholfen habe, denn die Führung von Partei und Gewerkschaften sei zu Beginn des Krieges ohne Gefolgschaft gewesen. Partei und Gewerkschaften hätten diese wiedergewonnene Stellung nicht im nationalen Sinne ausgefüllt, sondern unter anderem durch ständige Lohntreiberei nur ihre eigene Mitgliedschaft stärken und erweitern wollen. Diese Politik habe vor allem im Hilfsdienstgesetz ihren Ausdruck gefunden, aber auch in den »*sinnlos hohen Löhne[n]*«, denen das Reich die »*ungeheure finanzielle Belastung*« verdanke⁵³. Es ist gar keine Frage, daß während des Krieges und verstärkt nach Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes die Löhne ganz allgemein gestiegen sind⁵⁴, am stärksten in der Kriegsindustrie und hier wiederum besonders bei den unentbehrlichen, hochqualifizierten Facharbeitern. Ebenso eindeutig läßt sich aber nachweisen, daß die Reallöhne während des Krieges gesunken sind und nur eine relativ kleine Gruppe hochbezahlter Facharbeiter das Vorkriegsniveau in der zweiten Phase des Krieges wieder erreichte, das heißt, daß der tägliche Kampf um Kleidung, Ernährung, und Heizung auf der Grundlage des Höchstpreissystems und ergänzend hierzu unter dem Zwang des Schwarzmarktgeschäftes das Mehr an Nominallohn vollständig aufsog. Wichtiger ist die weitere Feststellung – und hierauf beruht die moralische Entrüstung über die Anhebung der Arbeiterlöhne –, daß die Masse der Festbesoldeten, also ein beträchtlicher Teil des Mittelstandes, eine vergleichbare Aufbesserung ihrer Gehälter nicht erreichte und damit gegenüber der Arbeiterschaft relativ absank. Der Konflikt, der sich hier anbahnte, konnte das Offizierkorps nicht unberührt lassen und hat dem politischen Gegensatz eine soziale Komponente hinzugefügt, die in der Phase der Revolution, wie ich meine, für das Verhältnis des Korps zur Arbeiterschaft eine erhebliche Bedeutung gewann.

In der Krise des Frühjahrs 1917 hat die 3. OHL sehr massiv versucht, in die innenpolitische Entwicklung einzugreifen. Sie hat aus ihrer Ab-

⁵³ Vgl. die in Anm. 48 erwähnte Denkschrift sowie Bauers Entwurf v. 21. 2. 1918 zu einer Stellungnahme der OHL zu einer Denkschrift des preußischen Innenministers, ebd., Nr. 446, S. 1192 ff. (Zitat S. 1194).

⁵⁴ Vgl. die zusammenfassende Darstellung bei FELDMAN, S. 472 f. [Vgl. hierzu insbesondere jetzt die herausragende Arbeit von J. KOCKA: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973].

lehnung jeder politischer Reform im Sinne der »Neuorientierung« gar keinen Hehl gemacht, sie hat frühzeitig die politische Bedeutung der russischen Februar-Revolution für Deutschland erkannt und alles unternommen, um durch Zensur und Aufklärung diesem Einfluß entgegenzuwirken⁵⁵, sie hat gegen den Streik gewettert und vor allem in sehr scharfer Form gegen die Resolution der Sozialdemokratischen Partei vom 19. April Stellung genommen⁵⁶.

Die Militärbehörden der Heimat waren bei der Überwindung der Ernährungskrise und des Streiks auf die Kooperation mit den Gewerkschaften und der Mehrheitssozialdemokratie angewiesen. Groener, als Chef des Kriegsamts, handelte entsprechend und wurde nicht zuletzt aus diesem Grunde gestürzt⁵⁷. Wie aber verhielten sich die Militärbefehlshaber zu der Forderung nach politischen Reformen? War man bereit, der wachsenden und anerkannten Bedeutung der Arbeiterschaft für die Erreichung des Kriegszieles auch in politischer Hinsicht Rechnung zu tragen? Hier auf geben nur wenige Äußerungen führender Militärs eine direkte Antwort. Es ist außerordentlich interessant, daß es fast ausschließlich bayerische Offiziere waren, die diese politischen Konsequenzen zogen und sich für eine Reform des preußischen Wahlrechts einsetzten. Man mag einwenden, daß es für Bayern relativ leicht war, sich für preußische Reformen auszusprechen, beachtenswert ist jedoch der Tenor ihrer Begründungen, in denen diese Reform als logische Konsequenz des gesamten Kriegsgeschehen dargestellt wurde⁵⁸. Man wird auch Groener in die Rei-

⁵⁵ Vgl. die Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Zimmermann, um die Veröffentlichung des Aufrufs russischer Sozialisten an die deutsche Arbeiterschaft v. 25. 3. 1917, Militär und Innenpolitik, Nr. 264–266, 268, 270, S. 686 ff. sowie die Ausführungen des Majors Nicolai vor Zensuroffizieren am 4. 4. 1917, ebd., Nr. 70, S. 158 ff.

⁵⁶ Vgl. Anm. 51.

⁵⁷ Vgl. FELDMAN, S. 373 ff.

⁵⁸ Der bayer. Kriegsminister v. Hellingrath schrieb am 2. 4. 1917 an den bayr. Ministerpräsidenten: »Aber in meiner Eigenschaft als oberster Militärbefehlshaber des bayer. Besatzungsheeres empfinde ich es als Pflicht darauf hinzuweisen, daß der bisherige Verlauf der Verhandlungen zur Reform des preußischen Wahlrechts, der auch im bayerischen Volke, wie wohl im ganzen übrigen Deutschland, mit großer Spannung verfolgt wurde, wenig geeignet erschien, in diesen Zeiten der höchsten Not den Geist des Volkes zu beleben und zu erfrischen.« Militär und Innenpolitik, Nr. 275, S. 702. Und Oberst Mertz v. Quirnheim, Abteilungschef im Generalstab des Feldheeres, schrieb am 9. 7. 1917: »Was würde es für einen geradezu gewaltigen Eindruck machen, wenn General Ludendorff (durch die Stimme Hindenburg) erklären ließe: ›Ja, auch die O.H.L. ist für das allgemeine preußische Wahlrecht, weil es unseren preußischen Soldaten das gibt, was sie sich voll verdient haben.‹ Ich glaube, Ludendorff würde auf den Händen getragen werden, alle Streikgefahren etc. wären beseitigt, der Eindruck auf das Ausland ungeheuer. Wie herrlich könnte man eine solche Kundgebung frisieren!!« Ebd., Nr. 314, S. 783.

he der Befürworter der Reform einordnen dürfen, obwohl eindeutige Aussagen von ihm zu dieser Frage fehlen⁵⁹.

Diese Gegensätzlichkeiten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Basis der Gemeinsamkeiten zwischen den Militärbehörden der Heimat und der 3. OHL sehr breit war. Das zeigt sich zum Beispiel in der Praxis des Vaterländischen Unterrichts, vor allem aber in der Behandlung der Anfang April 1917 gegründeten USPD. Mit diesem Ereignis hatte der langwierige Spaltungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie, den die Militärbehörden von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit verfolgt hatten⁶⁰ einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Militärbefehlshaber und das Preußische Kriegsministerium hatten sich bemüht, den Spaltungsvorgang nicht durch voreilige Maßnahmen gegen die radikale Linke aufzuhalten. Diese Zurückhaltung entsprach einer bewußten Unterstützung der Mehrheit, zum Beispiel durch die Heranziehung der Gewerkschaften in den erwähnten kriegswirtschaftlichen Fragen. Ziel dieser Politik war die Integration der Mehrheit in den konstituionellen Staat, hierin stimmte Bethmann Hollwegs Politik der »Neuorientierung« und die Maßnahmen der Militärbefehlshaber überein. Für sämtliche Militärbefehlshaber stand es außer Frage, daß alle links der Mehrheit stehenden Gruppen mit allem Nachdruck, wenn auch möglichst unauffällig, bekämpft werden mußten. Je offenkundiger die Spaltung wurde, desto deutlicher wurde auch die Sprache der militärischen Anordnungen, unmittelbar nach der Gründung der USPD häuften sich die entsprechenden Empfehlungen des Preußischen Kriegsministeriums und die Anordnungen der Militärbefehlshaber⁶¹. In der Krise des Frühjahrs 1917 war demnach mit der USPD der innenpolitische Gegner auf der Bühne erschienen, dessen Unterdrückung die Militärbehörden in voller Übereinstimmung mit der gesamten zivilen Exekutive und der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der politischen Kräfte in den Parlamenten ins Werk setzen konnten. Da aber

⁵⁹ Vgl. auch die Stellungnahme des Staatssekretärs des Reichsmarineamts für die Reform des preußischen Wahlrechts im Kronrat v. 9. 7. 1917 ebd., Nr. 315, S. 787. Seeckt schrieb am 16. 7. 1917: »Die Heimat ist uns in den Rücken gefallen und damit ist der Krieg verloren. Das und nichts anderes ist der Sinn der letzten Ereignisse.« Ebd., Nr. 319, S. 796, Anm. 35.

⁶⁰ Besonders anschaulich läßt sich dieses Verhalten an den Maßnahmen des stellv. Generalkommandos des XIII. AK (Stuttgart) ablesen, vgl. ebd., Nr. 89, S. 209; Nr. 91, S. 211 ff.; Nr. 99, S. 230 ff. u. Nr. 122, S. 282 ff. Vgl. auch die Leitsätze des Preußischen Kriegsministeriums für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie v. 28. 7. 1916, ebd., Nr. 162, S. 399 ff.

⁶¹ Für die Verschärfung der Maßnahmen nach Gründung der USPD vgl. ebd., Nr. 306, S. 761 ff.; Nr. 309 f., S. 773 ff.; Nr. 316, S. 787 ff. sowie die Niederschrift über eine Besprechung am 13. 8. 1917 im Preußischen Kriegsministerium über eine Verschärfung der Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand, Nr. 376, S. 1002 ff.

auch nach der Gründung der USPD in vielen Fragen der Kriegspolitik die Grenzen zwischen der Mehrheit und der Minderheit durchaus fließend waren, blieben die SPD und die Gewerkschaften von den umfassenden Maßnahmen der Militärbehörden gegen die USPD nicht unberührt⁶². Dies entsprach durchaus den Intentionen der OHL und einzelner Militärbefehlshaber. An den Reaktionen des Oberbefehlshabers in den Marken, des preußischen Kriegsministers und der OHL auf den Januar-Streik 1918 läßt sich dies sehr deutlich nachweisen⁶³. Die Konzentration der Abwehrmaßnahmen aller militärischen Behörden auf die USPD und alles was ihr zugeordnet wurde hat weitreichende Folgen für die Entwicklung nach dem 9. November 1918 gehabt, da damit von vornherein die Unterstützung der Regierung der Volksbeauftragten durch die Militärbehörden aller Bereiche und auf allen Ebenen sich nur auf den einen Partner des Bündnisses, die Mehrheitssozialdemokratie und vor allem ihren rechten Flügel, konzentrierte.

Der Versuch, auf Grund dieses Überblicks bestimmte Gruppen des Offizierkorps in ihrem Verhältnis zu der organisierten Arbeiterschaft von einander abzuheben, muß notwendigerweise fragmentarisch bleiben. Die schriftliche Überlieferung ist insbesondere für das beim Feldheer stehende aktive Offizierkorps zu bruchstückhaft, um zu gesicherten Ergebnissen kommen zu können. Für diesen Teil des Offizierkorps stand die Bewältigung militärischer Aufgaben ganz im Vordergrund, es lag keine Veranlassung zu politischer Stellungnahme vor. Erst mit dem Frühjahr 1917 häufen sich die wenigen Zeugnisse und sie spiegeln politische Überzeugungen, die im wesentlichen denen der Vorkriegszeit entsprechen. Das Fronterlebnis mag die Erkenntnis gefestigt haben, daß auch Sozialdemokraten gute Soldaten waren, es mag den Gedanken der großen nationalen Volksgemeinschaft jenseits aller Parteigruppierungen vor allem für die jüngeren Offiziere zur politischen Zielvorstellung verfestigt haben, aber die Probleme der Arbeiterschaft, der Arbeiterbewegung blieb der Gesamtheit der Frontoffiziere – von Ausnahmen natürlich abgesehen – fremd. Die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, deren politische Vorstellungen prägend auf das Offizierkorps – etwa durch den Vaterländischen Unterricht – einwirkten, praktizierte zum Teil mit Erfolg einen autoritären Führungsstil auch bei der Lösung politischer Fragen, scheiterte damit aber weitgehend im innenpolitischen Bereich.

⁶² So umfaßte ein vom Reichsmarineamt im Anschluß an die Flottenunruhen den Kommandobehörden nahegelegtes Verbot von USPD-Zeitungen auch einige Blätter der SPD, vgl. ebd., Nr. 379, S. 1020 f. u. Nr. 392, S. 1059 f.

⁶³ Vgl. den Bericht des Oberbefehlshabers v. 6. 2. 1918 und des preußischen Kriegsministers v. 5. 2. 1918 an den Kaiser, ebd., Nr. 437 f., S. 1157 ff. sowie die Stellungnahme Bauers für den Kronprinzen v. 10. 2. 1918 zum Bericht des preußischen Kriegsministers, ebd., Nr. 442, S. 1171 ff.

Bei aller Einsicht in die Abhängigkeit der Kriegführung von den kriegswirtschaftlichen Gegebenheiten der Heimat war sie doch in erster Linie interessiert an den Produktionsziffern. Deswegen war der Kontakt zu den Repräsentanten der Industrie wichtiger als der zu den Vertretern der Arbeiterschaft. Oberstleutnant Bauer hat diese Verbindung intensiv gepflegt und auch die innen- und sozialpolitischen Zielsetzungen der Großindustrie übernommen und in seinen Denkschriften zum Ausdruck gebracht⁶⁴. Auch in der Führungsspitze des Feldheeres ist daher ein Wandel im Verhältnis der Arbeiterschaft kaum festzustellen, abgesehen von einigen rein opportunistischen Maßnahmen. Der militärische Sieg, auf den sich alle Energien richteten und der auch die Lösung aller politischen Fragen in sich schließen würde, sollte dazu benutzt werden, die im Kriege gewachsene Macht der Sozialdemokratischen Partei und besonders der Gewerkschaften abzubauen, wenn nicht ganz auszuschalten. In der Vaterlandspartei und im Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände standen, in der Sicht Bauers, entsprechende Ersatzorganisationen zur Verfügung⁶⁵.

Für die Militärbehörden des Heimatgebiets ergibt sich auf Grund der reichhaltigen Überlieferung ein in wesentlichen Punkten abweichendes Bild. Im Gegensatz zum aktiven Offizierkorps des Feldheeres sahen sich die Offiziere in den entsprechenden Abteilungen der stellvertretenden Generalkommandos und der Gouvernements, in den Kriegsamtstellen und den bundesstaatlichen Kriegsministerien tagtäglich mit den innenpolitischen Gegebenheiten konfrontiert, sei es auf dem Gebiet der Zensur, der Sicherstellung der Ernährung für die Bevölkerung und die verschiedenen Arbeiterkategorien, sei es bei der Schlichtung von Lohnkonflikten o. ä. Dieser Zwang zur intensiven Beschäftigung mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen hat, und darüber liegen eine Fülle von Zeugnissen vor, zu einer erstaunlichen Kooperation mit den Repräsentanten der Sozialdemokratie geführt⁶⁶. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Kooperation in allen territorialen Bereichen und in allen Fragen gleichartig gewesen ist, es lassen sich im Gegenteil sehr erhebliche, zum Teil krasse Unterschiede feststellen⁶⁷. Gemessen an den Vorkriegs-

⁶⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang auch seinen Briefwechsel mit dem nat. lib. Landtagsabgeordneten Dr. Carl Röchling, ebd., Nr. 440, S. 1168 f. u. Nr. 452, S. 1213, Anm. 15.

⁶⁵ Vgl. Bauers Schreiben an den Sekretär der kath. Arbeitervereine, Dr. Fleischer, v. 25. 3. 1918, ebd., Nr. 449, S. 1207 f.

⁶⁶ Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die scharfe Kritik eines höheren Frontoffiziers an der Tätigkeit der stellv. Generalkommandos, vgl. ebd., Nr. 447, S. 1200 f.

⁶⁷ So ist es z. B. im Bereich des stellv. Generalkommandos des VI. AK (Breslau) nie zu der vom Preußischen Kriegsministerium angestrebten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gekommen, vgl. die Eingabe Legiens an das Ministerium v. 19. 8. 1918, ebd., Nr. 466, S. 1253 ff.

verhältnissen hat sich jedoch ein erstaunlicher Wandel vollzogen. In welchem Maße hierbei generell opportunistische Motive anzunehmen sind, bleibt eine offene Frage. Sicher haben derartige Überlegungen bei der Mehrzahl der beteiligten Offiziere eine große Rolle gespielt, es ist aber nicht gerechtfertigt, für alle Maßnahmen der Militärbehörden der Heimat diesen Beweggrund anzunehmen.

Die Revolution 1918/19 hat diesem Wandlungsprozeß zunächst ein Ende bereitet. Das Bild der Reichswehr Seecktscher Prägung – charakterisiert in diesem Zusammenhang durch ihre politisch motivierte Personalpolitik, durch ihre sehr betonte Distanz, ja Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften und schließlich durch den im Offizierkorps der Reichswehr kultivierten Staatsbegriff⁶⁸ – vermittelt den Eindruck, daß dieser Wandlungsprozeß nur von sehr oberflächlicher Wirkung gewesen sein kann, da so gut wie nichts in der Reichswehr nachgewirkt hat. Die Gründe hierfür werden gemeinhin in der mangelnden Unterstützung der sich bildenden Reichswehr durch die Arbeiterschaft⁶⁹ und in den Folgewirkungen des Versailler Vertrages gesehen. Der erste Grund würde darauf hindeuten, daß die erwiesene Zusammenarbeit zwischen den Militärbehörden der Heimat und den Repräsentanten der Arbeiterschaft ohne solide Basis war, daß Opportunismus das Handeln beider Seiten bestimmte.

Neuere Arbeiten über die Revolutionsphase vom November 1918 bis zum Januar 1919 ergeben ein differenzierteres Bild dieser Entwicklung⁷⁰.

⁶⁸ Vgl. hierzu jetzt die umfassende Darstellung von R. WOHLFEIL, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Teil VI, Frankfurt/M. 1970, insbes. S. 134 ff. u. S. 167 ff., [und den Literaturbericht von M. GEYER: Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr. Bemerkungen zur neueren Literatur, in: MGM, 14 (1973), S. 152 ff.].

⁶⁹ Vgl. hierzu G. A. CASPAR: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entstehung der Reichswehr (1918/1921), in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1958, S. 194 ff.

⁷⁰ Grundlegend für die wieder auflebende Diskussion über die Entstehungsphase der Weimarer Republik sind zwei Editionen: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingel. v. E. MATTHIAS, bearb. v. S. MILLER unter Mitwirkung v. H. POTTHOFF (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd 6), Düsseldorf 1970; und Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19. 12. 1918 bis 8. 4. 1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, bearb. v. R. KOLB und R. RÜRUP (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd 1), Leiden 1968. Vgl. den Überblick über die neue Literatur von U. KLUGE, in: MGM, 9 (1971), S. 236 ff. Zur Soldatenratsbewegung nun neuerdings H. HÜRTE: Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Historisches Jahrbuch, 90. Jg 1970, S. 299 ff. (zit. HÜRTE) und die wichtige, materialreiche Studie von H. OECKEL: Die revolutionäre Volkswehr 1918/19. Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die revolutionäre Volkswehr (November 1918 bis Mai 1919), Berlin 1968 (zit. OECKEL). [Ferner sei verwiesen auf E. KOLB (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972; auf den in Anm. 52 erwähnten Aufsatz von FELDMAN/KOLB/RÜRUP; sowie auf die Berliner Dissertation (1972) von U. KLUGE: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, die in Kürze in der Reihe Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft erscheinen wird.]

Der militärische Zusammenbruch im November 1918 riß das Offizierkorps in eine tiefempfundene Existenzkrise. Sie hatte sich schon im Frühjahr 1918 nach dem Scheitern der Offensive angekündigt, als die OHL mit dem Problem der sogenannten »Drückeberger« und der immer größeren Umfang annehmenden Disziplinlosigkeit im Rücken der kämpfenden Truppe nicht mehr fertig wurde, steigerte sich mit dem Auseinanderlaufen der Truppe nach Überschreiten des Rheins und erreichte ihren Höhepunkt in der Niederlage des Generalkommandos Lequis am 24. Dezember 1918 vor dem Marstall in Berlin. Das Offizierkorps verdankte seine Stellung in Staat und Gesellschaft der Armee, ohne Armee verlor es seine Funktion, die Basis seiner Existenzberechtigung. Groener hat dies von Anfang an sehr helllichtig erkannt und die Erhaltung des Offizierkorps als das zunächst anzusteuernde Ziel bezeichnet⁷¹. Ebert und die Volksbeauftragten haben die Schwäche der OHL bis zuletzt nicht erkannt. Ebert sah in der Armee den unbedingt notwendigen Ordnungsfaktor und vertraute der Loyalität Groeners, der seinerseits frühzeitig erkannte, daß er dieses Vertrauen und die Erwartungen Eberts nur durch Aufstellung von Freiwilligenformationen rechtfertigen konnte⁷².

Es ist heute wohl unbestritten, daß Ebert den ihm verbliebenen politischen Spielraum und die in der Rätebewegung liegenden Möglichkeiten unterschätzte. Seine Beurteilung der Lage beruhte auf den Erfahrungen des Parteiführers während des Krieges in der bitteren Auseinandersetzung mit der USPD, die spätestens seit dem Januar-Streik 1918 die Gefahr in sich barg, daß die Masse zu dem parteipolitischen Gegner überwechselte. Er teilte diese Befürchtungen mit der Führung der Gewerkschaften, die es nicht vermocht hatten, die Masse der ungelerten Arbeiter organisatorisch in den Griff zu bekommen. Während des Krieges hatten Partei und Gewerkschaften in diesen Fragen die Unterstützung der Militärbehörden gefunden.

Verständlich aber ebenfalls verhängnisvoll war weiterhin, daß Ebert und die Volksbeauftragten die Lage vornehmlich unter dem Aspekt der Berliner Entwicklung beurteilten. Eine Reihe von neueren Untersuchungen⁷³ haben gezeigt, daß außerhalb der Reichshauptstadt in der ersten

⁷¹ W. GROENER: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Fhr. HILLER VON GAERTRINGEN, Göttingen 1957, S. 467 ff. (zit. GROENER).

⁷² GROENER, S. 473.

⁷³ OECKEL bringt, bei aller ideologisch bestimmten Voreingenommenheit, eine Fülle von Belegen über die Tätigkeit von mehrheitssozialdemokratisch bestimmten Arbeiter- und Soldatenräten, deren Wehren – von Oeckel als reformistisch abqualifiziert – in Nord-, West- und Süddeutschland auch rein zahlenmäßig eine beachtliche Stärke erreichten. Vgl. auch E. LUCAS: Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt/M. 1969, u. R. A. COMFORT: Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford 1966.

Phase der Revolution die Arbeiter- und Soldatenräte durchaus in der Lage waren, die notwendige Ordnung aufrecht zu erhalten, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den zivilen und militärischen Behörden des Bereiches. Die Räte setzten sich vornehmlich aus den Mitgliedern der beiden sozialistischen Parteien zusammen, wobei der mehrheitssozialdemokratische Anteil bei weitem überwog. Oft übernahmen mehr oder weniger bekannte lokale Parteigrößen wichtige Funktionen innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrates. Für diese auch während des Zusammenbruchs tätige Funktionärsschicht bedeutete die Zusammenarbeit mit Militärbehörden die Fortsetzung einer langgeübten Praxis⁷⁴. Die Tatsache, daß auch Offiziere in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen wurden, bestätigt diese Kooperationsbereitschaft in überraschender Weise⁷⁵. Auch die Wehren der Arbeiter- und Soldatenräte zeigen mit wenigen Ausnahmen dieselbe personelle Struktur, oft bildete die Zugehörigkeit zu den sozialistischen Parteien und zu den Gewerkschaften die Voraussetzung für die Aufnahme in ihre Reihen. Zum Teil haben sie sich ihren Aufgaben durchaus gewachsen gezeigt, und ihre Wirksamkeit hätte zweifellos noch wesentlich verstärkt werden können, wenn sie in einem nennenswerten Maße von den Volksbeauftragten unterstützt worden wären. Die These von der mangelnden Unterstützung der Arbeiterschaft für die von militärischen Kräften übernommene Ordnungsaufgabe gilt für diese erste Phase der Revolution also nur in einem sehr eingeschränkten Maße und für die zweite Phase sind ganz andere Motive maßgebend gewesen.

Wenn für die Kriegszeit ein Wandel im Verhältnis des Militärs zur Arbeiterschaft im Heimatgebiet festgestellt werden konnte, so hat er sich fortgesetzt in dieser lokalen Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Soldatenräten und Militärbehörden. Das Schicksal der Rätebewegung ist bekannt, damit war auch über die Weiterentwicklung dieser besonderen Form der Kooperation entschieden. Die durch Ebert und die OHL forcierte Bildung von Freiwilligenformationen, in denen das aktive Offizierkorps des Feldheeres, dessen politische Anschauungen vornehmlich durch die Vorkriegszeit, das Fronterlebnis und die 3. OHL geprägt worden waren, naturgemäß eine führende Rolle einnahm⁷⁶, veränderte auch in dieser Hinsicht die Situation vollständig. Die systematische Ausschal-

⁷⁴ Der Vorsitzende des Kieler Gewerkschaftskartells, Gustav Garbe, ist hierfür ein Beispiel; er hatte bereits im Juni 1916 mit dem Gouvernement verhandelt (Militär und Innenpolitik, Nr. 157, S. 388 ff.) und beteiligte sich auch an den Verhandlungen des Soldatenrats mit den Militärbehörden der Stadt (ebd., Nr. 503, S. 1364 ff.).

⁷⁵ Vgl. HÜRTE, S. 323 f.

⁷⁶ Vgl. hierzu den im ganzen unbefriedigenden, aber doch eine Reihe von wichtigen Informationen enthaltenden Aufsatz von G. PAULUS: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3. Jg 1955, S. 685 ff.

tung der Arbeiter- und Soldatenräte und ihrer Wehren macht die Zurückhaltung, die Resignation und schließlich die Feindseligkeit der Arbeiterschaft gegenüber der neu sich bildenden bewaffneten Macht erst recht verständlich. Das in den langen Kriegsjahren mühsam geknüpft Band zwischen Arbeiterschaft und Armee, das durch den Zusammenbruch schon brüchig geworden war, wurde damit völlig zerschnitten. Groener hatte sein Ziel, die Erhaltung des Offizierskorps erreicht, aber damit die Reichswehr mit einer schweren Hypothek belastet, die auch als solche empfunden wurde. Erst der Nationalsozialismus hat, in der Sicht des Militärs, diesen Mangel beseitigt und die breiten Schichten der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, der Armee wieder zugeführt.